

Nr. **XIX. GP.-NR**  
1995 -10- 1 2 <sup>2028/J</sup>

## A N F R A G E

der Abgeordneten Silhavy,  
und Genossen

an den Bundesminister für Inneres

betreffend Überprüfung der Bürgerinitiative "Überleben" (vormals "Bürgerinitiative gegen Atomgefahren")

Laufend erhalten Abgeordnete zum Nationalrat als Personen des öffentlichen Lebens diverse Unterlagen von Vereinen, Bürgerinitiativen oder anderen Gruppierungen, unter welchen auch solche sind, die demokratiepolitisch und gesellschaftspolitisch als bedenklich einzustufen sind. (Siehe Beilage)

In diesen Aussendungen wird häufig ein Gedankengut verbreitet, welches Teile der Basis unseres Staates - unsere Verfassung - in Frage stellt.

### Anfrage:

1. Sind Ihnen die Aussendungen der Bürgerinitiative "Überleben" bekannt?
2. Wenn ja, halten Sie diese für demokratiepolitisch ungefährlich?
3. Entspricht das Impressum der oben genannten Zeitschrift den medienrechtlichen Offenlegungspflichten?
4. Wenn nein, was werden Sie dagegen unternehmen?
5. Werden diese Aussendungen von den Sicherheitsbehörden auf das Vorliegen von Medieninhaltsdelikten überprüft?
6. Wenn nein, warum nicht?
7. Wenn ja, wurden rechtliche Schritte in bezug auf die Bürgerinitiative "Überleben" in die Wege geleitet?
8. Ist diese oben genannte Gruppierung als Verein gemeldet?

- 9.a) Wenn ja, wo befindet sich der Hauptsitz dieses Vereines?
- 9.b) Wie setzt sich der Vorstand zusammen?
- 9.c) Welchen Zweck verfolgt dieser Verein, bzw. was ist sein Vereinsziel?

vorm. BI gegen Atomgefahren

An einen Haushalt

P.b.b., Erscheinungsort Wien

Verlagspostamt 1120 Wien

## Die Bombenüberraschung

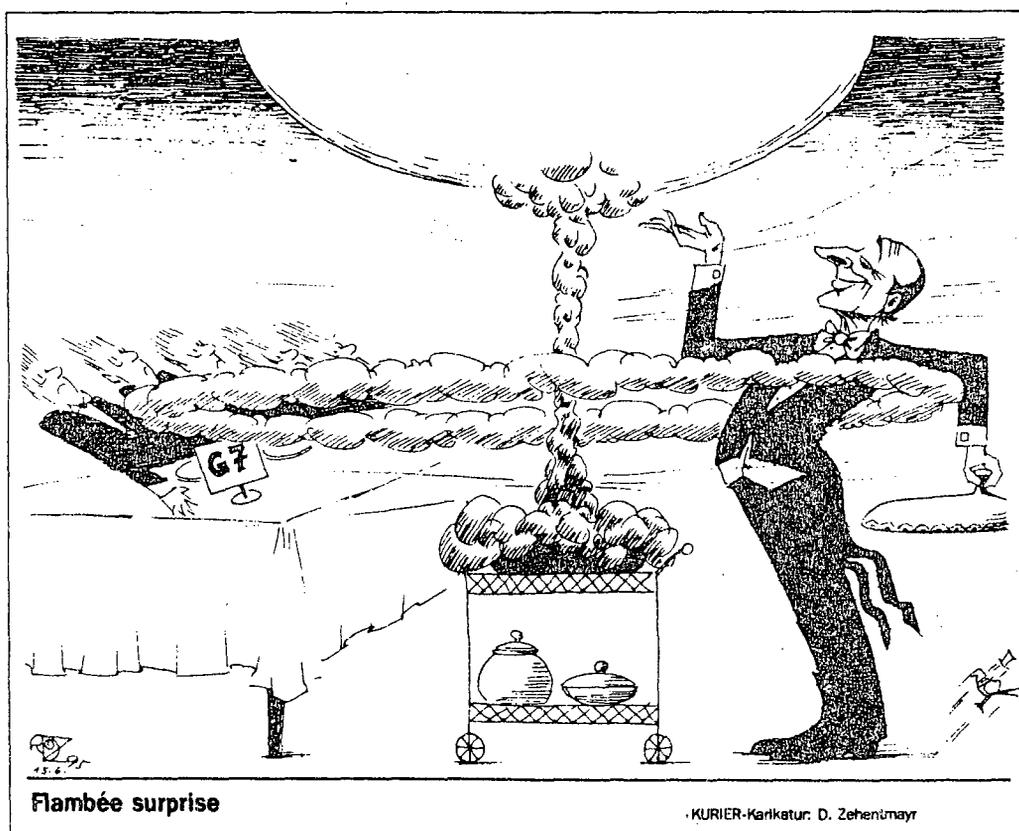
Bei ausgesuchten Delikatessen saßen sie beisammen.

Die Präsidenten, Finanz- und Außenminister der führenden sieben Industrienationen (G 7), nämlich die Granden der USA, Kanadas, Japans, Frankreichs, Deutschlands, Großbritanniens und Italiens berieten in Halifax (Kanada) über die stagnierende Weltwirtschaft und einen drohenden Handelskrieg.

Es kam, wie üblich, nicht viel dabei heraus, doch plötzlich explodierte eine Bombe: Der erst kürzlich gewählte französische Ministerpräsident, Jacques Chirac, erklärte dezidiert: Im Herbst dieses Jahres wird Frankreich seine Atombombentests auf dem südpazifischen Mururoa-Atoll wieder aufnehmen!

Die anderen EU-Partner wurden erst gar nicht gefragt!

Die waren zunächst entsetzt und empört.



Flambée surprise

KURIER-Karikatur: D. Zehenümayr

Kurier, 16. 6. 1995

Aber schon wenig später erklärten die Atomkräfte, daß sie unter den neuen Umständen auch ihrerseits die Atomtests wieder aufnehmen werden.

Wenn einer Macht demonstriert, können die anderen nicht zurückstehen!

Während für 1996 ein endgültiges AUS für diese Tests erwartet wurde, hat Frankreich nun durch sein Vorgehen den Anstoß für eine neuerliche Serie dieser verbrecherischen Atomversuche ausgelöst.

### INHALT

- 1 Die Bombenüberraschung
- 3 Die Tragödie am Balkan
- 4,5 Die internationale Geldlawine
- 6,7 Maastricht II
- 8 Kurzberichte

Erst kürzlich haben 177 Staaten den Atomsperrvertrag erneuert. Diese Bemühungen sind nun gefährdet, denn die atomaren Schwellenländer könnten Frankreichs Vorstoß als Freibrief auffassen, nun auch ihrerseits nach der Atombombe zu greifen.

Die Proteste gegen das unkluge Verhalten Frankreichs sind international.

**Wir bitten Sie: Protestieren auch Sie bei Botschafter André LEWIN, französische Botschaft, Technikerstraße 2, 1040 Wien, oder direkt gerichtet an Ministerpräsident Jacques CHIRAC, Palais de Elysée, 5557 Rue du Faubourg, F- 75008 Paris.**

## Ein Jahr danach

Seit unserem Beitritt zur EU ist ein Jahr vergangen und vieles, was uns versprochen wurde, hat sich inzwischen als leere Propaganda erwiesen.

Es geht keineswegs nur darum, daß die Lebensmittel kaum billiger geworden sind, sondern wir haben alle Ursache, uns um unseren Staatshaushalt im allgemeinen Sorgen zu machen.

Seit der Regierung Kreiskys macht unser Staat Schulden am laufenden Band.

Für diese Schulden müssen Zinsen gezahlt werden, sodaß die Rückzahlung und damit der Abbau der Schulden immer schwerer wird.

Es ist beim Staat nicht anders als bei privaten Schuldenmachern. Mit den steigenden Krediten werden auch die Zinsen immer höher, sodaß eine Rückzahlung und damit eine Befreiung von den Schulden immer schwieriger wird.

Unsere Regierung wußte natürlich schon vor der Volksabstimmung, daß wir als Mitglied der EU beträchtliche Summen nach Brüssel als Mitgliedsbeitrag abzuliefern haben, die Höhe der Summen wurden allerdings nie bekanntgegeben.

Wie bringt es nun ein Staat zuwege, trotz seiner riesigen Schulden an die EU Milliarden zu verschenken? Wo nimmt er das Geld her?

Der frühere Finanzminister Lacina machte es sich leicht. Er hatte zwar ständig einen Abbau der Staatsschulden versprochen, aber dann explodierte doch jedes Jahr das Budget.

Als es jetzt darum ging, das Geld für Brüssel aufzutreiben, sah er keinen Ausweg und trat zurück. So einfach könnte ein Privater seine Schuldenprobleme nicht lösen!

Doch wenn es darum geht, Geld aufzutreiben, gibt es für eine Regierung nur einen Weg: Die gesamte Bevölkerung wird „angezapt“!

So entstand das „Sparpaket“, von dem vor der Volksabstimmung auch noch keine Rede war!

Jetzt fragt sich jeder: Wie können wir jemals unsere Schulden loswerden, wenn wir jedes Jahr erneut Milliardenbeträge nach Brüssel abliefern müssen?

Muß jedes Jahr ein neues Sparpaket geschnürt werden?

Wie lange kann ein solches grausames Spiel fortgesetzt werden, ehe die Sozialleistungen restlos abgebaut sind und die Bevölkerung allmählich völlig verarmt?

Daneben ist natürlich die Frage nicht ohne Interesse: Was macht die EU mit ihrem vielen Geld?

Bisher wurden die Mitgliedstaaten der europäischen Union danach beurteilt, wie groß ihre Problemzonen sind, die in den Staaten selbst zu Konflikten führen und die Wettbewerbsfähigkeit verringern könnten.

So erhielten bisher Spanien, Griechenland, Portugal und Irland die höchsten Zuwendungen aus dem EU-Budget.

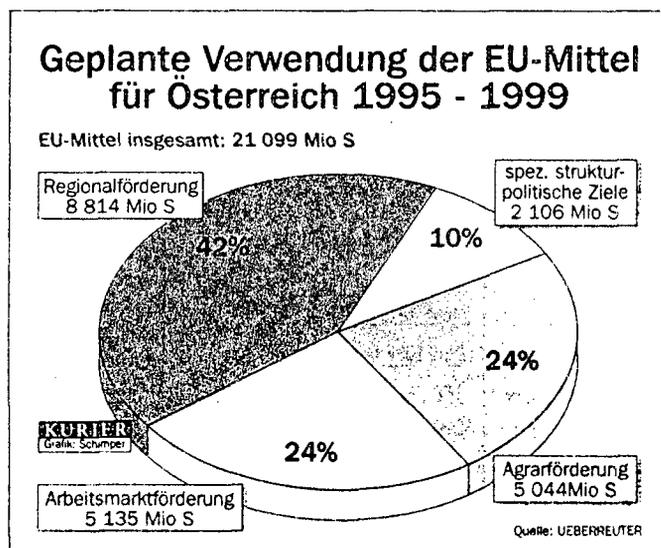
Das Geld dazu kommt von den Nettozahlern, nämlich von jenen, die mehr in die EU-Kasse einzahlen, als sie herausbekommen.

Dazu gehört vor allem Deutschland, die große „Melkkuh“ der EU.

1990 zahlte Deutschland noch 81 Milliarden Schilling in die EU-Kasse, bis zum Jahre 1994 stieg diese Summe auf jährlich 175,7 Milliarden an!

Auch Österreich ist Nettozahler. Wie wir erfahren, müssen wir noch in diesem Jahr 49 Milliarden nach Brüssel abliefern.

Dafür bekommen wir, wie die Graphik zeigt, bis 1999 21 Milliarden zurück:



Kurier, 3. 7. 95

Milliarden-Summen imponieren immer, aber wenn wir den Rechenstift ansetzen, dann ist das Resultat doch sehr ernüchternd.

Selbst wenn sich die jährlichen Beitragszahlungen nicht erhöhen und es bei 49 Milliarden jährlich bleibt, zahlen wir bis 1999 an die EU 245 Milliarden ein.

**Bei einer Rückzahlung von 21 Milliarden schenken wir der EU noch immer 224 Milliarden!**

**Eine stolze Summe, neben der sich 21 Milliarden geradezu läppisch ausnehmen!**

**Bei Fortführung solcher Zahlungsmethoden werden wir, nach Deutschland, zur zweiten Melkkuh der europäischen Union!**

# Die Tragödie am Balkan

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus brach auch der Vielvölkerstaat Jugoslawien auseinander.

Während es Slowenien und Kroatien gelang ihre Selbständigkeit zu erringen, wurde Bosnien zum Schlachtfeld.

Die Serben wollen ihren Traum vom „großserbischen Reich“ wahr machen und führen einen unerbittlichen Krieg gegen die Bevölkerung.

Die UNO griff ein und versuchte durch Verhandlungen den Konflikt zu beenden.

Es wurden immer neue Abkommen geschlossen, die von den Serben nicht eingehalten wurden.

Heute ist die Situation total verfahren und die UNO wird verhöhnt und lächerlich gemacht.

Was nicht ganz gerecht ist.

Die UNO wurde 1945 „zur Sicherung des Weltfriedens und zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit“ gegründet. Es gehören ihr heute 185 Staaten als Mitglieder an.

Es ist dies der Versuch, Kriege nicht mit Kriegen zu beantworten, sondern durch gutes Zureden zu beenden.

Angesichts der Atombombe der einzig richtige Weg.

Doch dort, wo das gute Zureden als Schwäche ausgelegt wird, rückt auch die Atombombe wieder näher.

Die Serben haben mit Rußland einen Pakt abgeschlossen und brüsten sich auch bereits mit der Stalinorgel und ähnlichem Kriegsgerät.

Täglich erlebt ganz Europa via Fernsehen die Kriegsgreuel an der armen Bevölkerung, die vertrieben oder massakriert wird.

Die UNO ist in einer ausweglosen Situation.

Erhalten die Blauhelme ein erweitertes Mandat zum Eingreifen, müßten ihre Truppen erheblich verstärkt werden.

Zusammen mit dem nötigen Kriegsgerät ist das eine teure Sache. Außerdem besteht die Gefahr, daß die Soldaten im Kriegseinsatz fallen.

Welches Land kann es sich leisten, daß seine Staatsbürger mit dem Flugzeug als tote Helden heimgebracht werden?

Wofür sind sie gestorben?

Die wenigsten verstehen den Konflikt am Balkan, der so einfach gelöst werden könnte und der die Interessen der UNO-Mitgliedstaaten gar nicht berührt.

Die Kämpfe am Balkan werden als „Stammesfehden“ angesehen, die die Beteiligten gefälligst selbst lösen sollen.

Niemand möchte in einen erweiterten Krieg hineingezogen werden!

Die ständige Drohung der Serben, daß der Krieg eskalieren und zu einem 3. Weltkrieg ausarten könnte, ist nicht ganz unrealistisch.

Niemand weiß, wie sich Rußland verhalten würde, denn die politischen Verhältnisse sind dort keineswegs stabilisiert.

Die Verlockung für Rußland, Europa anzugreifen ist groß und der Balkan ist das Einfallstor!

Das wissen natürlich die europäischen Staaten und daher halten sie sich alle zurück mit weiteren Vollmachten für die UNO.

Allerdings sind die Blauhelme selbst in Gefahr.

Sie werden beschossen, gefangen und als Geißeln mißbraucht.

Für die Serben ist die UNO zur Kriegspartei geworden.

Daher wird erwogen, alle Blauhelme vom Balkan abzuziehen.

Das wiederum bedeutet das Ende des Waffenembargos und der Krieg am Balkan ginge erst richtig los.

Darüber hinaus wäre der Abzug der insgesamt 22.500 Blauhelme nicht ungefährlich. Die US-Regierung geht in ihrem 500 Seiten umfassenden Abzugsplan davon aus, daß bis zu 60.000 Soldaten und sechs Monate nötig sein könnten, um den Abzug durchzuführen.

Die Kriegsparteien könnten die abziehenden Blauhelme attackieren, um ihre Ausrüstung kämpfen und sie erst recht in einen bewaffneten Konflikt ziehen.

Schon jetzt forderten die bosnischen Regierungssoldaten die dort stationierten Blauhelme unverblümt auf, ihnen ihre Waffen zu übergeben. Ehe sie sich widerstandslos von den Serben abschlichten lassen, holen sie sich das Kampfmaterial ihrer wertlosen Beschützer.

Es ist eine echte Tragödie, für die es anscheinend keine Lösung gibt!

Es bleibt wohl nichts anderes übrig, als weiterzumachen wie bisher: Die Menschen halbwegs zu ernähren und den Streitparteien, unabhängig von ihrer Rolle als Täter oder Opfer, immer neue Varianten einer Verhandlungslösung anzubieten!

Doch auf die Dauer ist auch das nicht möglich, weil die UNO das Vertrauen der Menschen am Balkan verloren hat.

Die gegenwärtig total verfahrenere Situation wäre zu Beginn des Konflikts sicherlich leicht zu lösen gewesen.

Aber die EU mit ihren offenen Grenzen und ebenso grenzenlosen Geschäftsmöglichkeiten lenkte die Verantwortlichen ab. Auf ihrer Jagd nach dem Geld sahen sie nicht das heraufziehende Kriegsgewitter!

## Die internationation

In der EU gibt es heute mehr als 20 Millionen Arbeitslose und täglich werden es mehr.

Wie ist das möglich, wenn doch der „Freihandel“, nach Meinung unserer Politiker, den Wohlstand fördert?

In Wirklichkeit ist jede Volkswirtschaft durch die offenen Grenzen und den freien Geldverkehr schutzlos dem Zugriff der Konkurrenten preisgegeben.

Wir wissen aus der Erfahrung, daß immer wieder gutgehende Betriebe ins Ausland verkauft werden. Dort entscheidet sich dann, ob der Betrieb weitergeführt oder liquidiert wird.

Auf diese Weise können sich reiche ausländische Firmen jede Art von Konkurrenz vom Hals schaffen.

Zurück bleiben leere Fabrikhallen und verbitterte Arbeitslose, die sich mit ihrem Betrieb verbunden fühlen.

Auf längere Sicht gesehen vermag diese Art von „Freihandel“ jedes Land auszubluten. Es ist eine Zerstörung ohne Krieg.

Der angesehene Wirtschaftswissenschaftler, Prof. Dr. Ewald Nowotny, erkannte schon Anfang 1994: „Eine riesige internationale Geldlawine bedroht die Wirtschaft: Das vergangene Jahrzehnt war gekennzeichnet von einer weltweiten Deregulierung der Finanzmärkte und einer internationalen Liberalisierung der Kapitalströme.“

Tatsächlich kam es zu einer gewaltigen Ausweitung der internationalen Finanzströme und – vielfach damit verbunden – zu einer explosionsartigen Entwicklung „derivativer Finanzprodukte“.

Dies sind Kontakte wie Swaps, Futures oder Optionen, deren Preis sich von der Preisentwicklung anderer Werte, z. B. einer Währung oder einer Aktie, ableitet.

Ende 1992 betrug das anstehende Swapvolumen rund 4.700 Milliarden Dollar. 1982 betrug der entsprechende Wert nur 3 Milliarden Dollar.

Die täglichen (!) Umsätze auf den Devisenmärkten sind seit 1986 von etwa 206 Milliarden Dollar auf rund eine Billion angestiegen. Sie sind damit rund doppelt so hoch wie die Währungsreserven aller Notenbanken der Welt.

Inzwischen wachsen bei den internationalen und nationalen Währungsbehörden die Bedenken gegenüber diesen Entwicklungen auf den internationalen Geld- und Kapitalmärkten.

Gemeinsame vorbeugende Maßnahmen werden notwendig sein, um das Entstehen unkontrollierbarer Risiken auf volkswirtschaftlicher und betriebswirtschaftlicher Ebene zu verhindern.“

Doch von solchen Maßnahmen ist bisher nichts zu merken.

Das System hat sich im Laufe der Zeit gefestigt.

Ein Tummelplatz der Hochfinanz ist die EU in Brüssel.

Tausende Lobbyisten – das sind gut bezahlte Interessensvertreter – der Verbände und Konzerne bearbeiten die Entscheidungsträger der EU, um möglichst große Subventionen und Geschäfte für ihre Auftraggeber herauszuschlagen.

Das reicht bis in die Regierungen der einzelnen Staaten, wo auf jeden Politiker bis zu 20 Lobbyisten angesetzt sind.

Ähnlich beeinflusst dürfte auch unsere Regierung gewesen sein, als sie mit einer ungeheuren Lügenpropaganda die Österreicher in die EU lockte!



Die Nachteile des konzentrierten Kapitals sind wie eh und je die gleichen: Es werden Projekte gefördert und durchgeführt, die keineswegs dem Gemeinwohl, sondern nur dem Profit der Hochfinanz dienen.

Daher wird auch keine Rücksicht auf die Schwächeren genommen, die unbarmherzig dem Ruin preisgegeben werden.

Ein eklatantes Beispiel bietet Italien, der langjährige Partner der EU.

Presse, 15. 7. 1995: „Mailand (apa)

Erhebungen des Italienischen Zentralamtes für Statistik zufolge hat sich die Zahl der Firmenschließungen in Italien 1994 um 6,2 Prozent auf insgesamt 16.506 erhöht.“

Die Lage in Italien ist verzweifelt, der Staatshaushalt steht vor dem Bankrott!

Im Gegensatz zu Italien, das trotz – oder gerade wegen – seiner vieljährigen Mitgliedschaft in der EU mit schweren Einbußen seiner Wirtschaft zu kämpfen hat, hat sich die österreichische Wirtschaft, ganz ohne EU, bis vor einem Jahr gut gehalten.

Wie es mit uns in der EU weitergehen wird, ist allerdings mehr als ungewiß!

## ale Geldlawine

Amerika will bis zum Jahre 2005 Alaska bis Argentinien zu einer Freihandelszone ähnlich der EU zusammenfassen.

Doch schon der derzeitige gemeinsame Markt von Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay brachte für die Mitgliedstaaten große Nachteile. So sind zum Beispiel die Vermarktungs- und Verarbeitungsbetriebe der Viehwirtschaft in Brasilien bereits in der Hand weniger US-amerikanischer Monopolkonzerne wie „United Fruit“ usw.

Es wiederholt sich stets das gleiche Spiel: Sobald sich ein Markt öffnet, stellen sich die reichen Konzerne ein und kaufen auf, was für sie profitträchtig ist. Alles andere wird abgeschüttelt und fällt in den Konkurs.



Zeichnung: Dietmar Dänecke

Obendrein sind die großen Betriebe bestrebt, zu rationalisieren. Am liebsten würden sie nur mit Maschinen und ohne Menschen ihre Produkte herstellen.

Dadurch nimmt die Arbeitslosigkeit immer mehr zu und die Armut wächst.

Das hat aber auch zur Folge, daß die Begeisterung für die EU in den Mitgliedstaaten mehr und mehr sinkt.

In England mehren sich die Stimmen, die einen Volksentscheid über eine weitere Mitgliedschaft in der EU anstreben.

Anders dagegen verhalten sich die osteuropäischen Staaten Tschechien, Slowakei, Ungarn, Polen, Bulgarien und Rumänien.

Sie drängen in die EU, weil sie Angst vor Rußland haben und der Meinung sind, daß die EU für sie ein Schutzschild gegen kriegerische Angriffe ist.

Ein Beitritt dieser Länder würde aber die gesamte Situation in der EU wesentlich verändern.

Die osteuropäischen Länder sind Agrarriesen, die schon früher einen Großteil der Monarchie versorgten.

So würde sich die landwirtschaftliche Nutzfläche der EU um ein Fünftel vergrößern.

Der Bestand an Schweinen und Kühen würde um 40% zunehmen.

Die billigen Arbeitskräfte mitgerechnet ergeben ein enormes Potential, das diese Länder natürlich voll einsetzen würden.

Die Folgen für Westeuropa wären fatal. Die gesamte Produktion der heutigen EU-Länder müßte zurückgeschraubt werden, weil der EU-Markt schon heute keine zusätzlichen Absatzmärkte mehr hat.

Wie kann Brüssel, das schon heute restlos überfordert ist, ein solches monströses Staatengebilde reglementieren und in geordnete Bahnen lenken?

Schon heute wird viel zu viel erzeugt, angebaut und für immer neu entdeckte „Marktnischen“ produziert. Vieles davon muß mit einem Aufwand von Milliarden wieder vernichtet werden.

Wie kann das unsere Erde aushalten, die nur begrenzte Ressourcen hat und auch noch unsere Nachkommen erhalten soll?

Das Unglück für uns alle liegt darin, daß die Reichsten dieser Welt nicht die Klügsten sind.

Sie sind Nur-Materialisten und zumeist reichlich instinktlos. Ihr Streben geht nur nach Profit ohne Rücksicht auf Umstände, die zur Erhaltung des Lebens unabdingbar sind.

Was hat es für einen Sinn, Geld anzuhäufen, wenn dies auf Kosten von Luft, Boden und Wasser geht?

Der durchschnittliche Staatsbürger ist da viel klüger!

Wir haben während unseres jahrelangen Kampfes gegen Zwentendorf oftmals gestaunt darüber, daß zum Beispiel die einfachen Bauern des Waldviertels unsere Argumente gegen die Atomenergie viel rascher und besser verstanden, als so mancher hochmütige Wissenschaftler oder bornierte Politiker.

Es wäre daher viel zweckmäßiger, anstelle der autoritären Regierung in Brüssel den Ländern mehr direkte Demokratie einzuräumen.

Anlässlich der Maastrichter-Verträge gab es in Deutschland einen regelrechten Aufstand. Die Regierung hatte die Verträge unterschrieben, ohne vorher das Volk zu befragen.

Es kam zu einer Verfassungsbeschwerde, die jedoch abgeschmettert wurde.

Seit einigen Jahren bemüht sich vornehmlich Bayern um mehr direkte Demokratie in Gemeinden und Kreisen.

**Dies könnte ein Vorbild auch für alle anderen sein, um dem harten Zugriff von Brüssel wenigstens teilweise zu entkommen.**

## MAASTRICHT II

Mit dem Beitritt zur EU sind wir nicht nur Mitglied der Atomgemeinschaft EURATOM geworden, sondern wir mußten auch die Verträge von Maastricht übernehmen.

Diese Verträge wurden am 7. 2. 1992 in Maastricht beschlossen und sehen vor: Neben Aufhebung der nationalen Grenzen eine gemeinsame Währung, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres.

Den nationalen Regierungen und Parlamenten wird der Einfluß auf die Wirtschafts-, Kredit-, Handels- und Haushaltspolitik weitgehend entzogen und nach Brüssel übertragen.

Auch die Stadt- und Landschaftsplanung, die Verwaltung der Wasserressourcen und die Energiepolitik sollen in den Kompetenzbereich der EU-Bürokratie fallen.

In der Praxis bleibt keine Bereich des wirtschaftlichen und sozialen Lebens von den Bestimmungen des Vertrages ausgespart.

Das bedeutet für alle EU-Staaten den Verlust ihrer Souveränität und einen Abbau der Demokratie.

Denn das europäische Parlament hat auf die eigentliche Regierung in Brüssel, nämlich Rat und Kommission, nahezu keinen Einfluß.

Die EU-Mitgliedstaaten mußten sich mit diesem Vertragswerk ausdrücklich einverstanden erklären.

Gleich abgelehnt wurde Maastricht von Dänemark, was einige Verwirrung stiftete. Dem Land wurden Konzessionen gemacht.

Deutschland versuchte durch eine Verfassungsbeschwerde eine Volksabstimmung über Maastricht zu erzwingen. Die Beschwerde wurde vom Verfassungsgerichtshof abgeschmettert.

So akzeptierten eben – selbtherrlich – die Regierungen der EU-Staaten durch ihre Unterschrift die Annahme der Maastrichter Verträge.

Doch in der Praxis ging es doch nicht so reibungslos weiter.

Die EU erkannte, daß die rigorosen Bestimmungen des Maastrichter Vertrages nicht so einfach durchzusetzen sind und so ist für 1996 neuerlich eine Konferenz, nämlich Maastricht II, anberaumt. Die Experten arbeiten bereits am Programm.

Es soll eine Revision der ursprünglichen Forderungen vorgenommen werden. Zusätzlich darf jedes EU-Mitglied Änderungen des Vertrages vorschlagen.

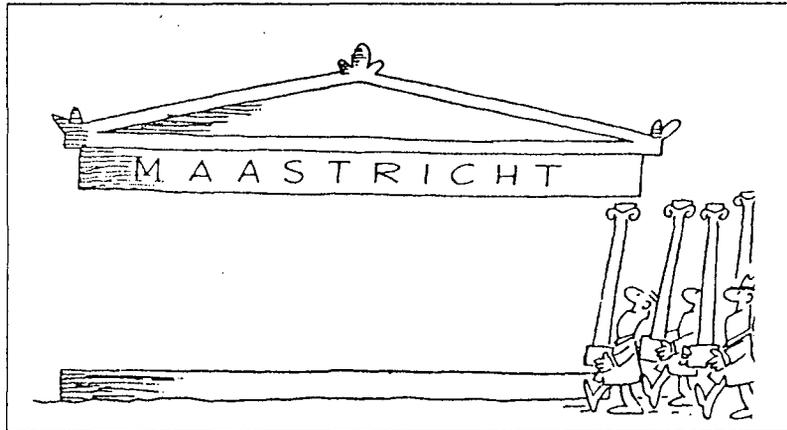
Das Resultat ist schon heute mehr als fraglich.

Ein deutscher Europa-Abgeordneter sagte zu einem Journalisten, der über die Sache berichten wollte: „Sagen Sie nicht Maastricht II, da schwingt so viel Negatives mit. **Außerdem laufen wir Gefahr, als Tiger zu springen und als Bettvorleger zu enden.**“

Diese drastische Vorstellung ist gar nicht so abwegig.

Die Irrtümer beginnen schon damit, daß die Politiker, die keineswegs immer die Klügsten sind, zu weittragende Entscheidungen treffen, die von ihrer Bevölkerung nicht mitgetragen werden.

Das liegt vor allem an unserer falsch verstandenen Demokratie.



Zeitschrift für direkte Demokratie, München

Demokratie heißt Volksherrschaft, die es in halbwegs richtiger Form nur in der Schweiz gibt.

Die Schweizer haben das Glück, sich an der Politik ihres Landes nicht nur mit dem Wahlzettel, sondern auch mit dem Stimmzettel beteiligen zu können.

Das bedeutet, daß wesentliche Entscheidungen nicht nur vom Parlament, sondern auch vom Volk gefällt werden können.

Dazu haben die Schweizer zwei Möglichkeiten: Entweder durch ein Referendum mit 50.000 Stimmen die Gesetze des Parlaments zu ändern, oder durch eine Volksabstimmung mit 100.000 Stimmen neue Initiativen ins Parlament zu bringen.

**Damit steht das Parlament unter zweifachem Druck: Es muß begangene Sünden wiedergutmachen und Unterlassungssünden korrigieren.**

Das zwingt die Politiker über die Wünsche der Bevölkerung nachzudenken. Es wird kaum einem einfallen, unbrauchbare oder wirkungslose Gesetze zu produzieren, weil diese dann sowieso korrigiert werden müßten. Natürlich ist auch in der Schweiz die Hochfinanz am Werk, die mit ihrer aufwendigen Reklame die Bevölkerung zu beeinflussen versucht.

Doch einen Vorteil der direkten Demokratie kann niemand vom Tisch wischen: **Es kommt ganz sicher kein Diktator ans Ruder!**

Die eigene Mitentscheidung läßt sich ein Volk durch einen Diktator nicht nehmen!

Viel gefährlicher ist diesbezüglich die sogenannte „Repräsentative Demokratie“, die man nur als **ZWERGFORM** der Demokratie bezeichnen kann!

Heft Nr. 26, 1. Quartal 1995

I/ 95



# Zeitschrift für Direkte Demokratie

Wenn Du mich  
nicht begehrtst,  
verlasse ich Dich!  
Deine Demokratie

In Österreich und auch in den übrigen Staaten Europas – außer der Schweiz – ist die repräsentative Demokratie als Regierungsform eingeführt.

Im Unterschied zur direkten Demokratie hat die Bevölkerung nur eine Möglichkeit: Nämlich auf dem Wahlzettel ein bescheidenes Kreuzel bei einer der Parteien anzubringen, die dann die Abgeordneten bestimmen und die Parlamentsarbeit durchführen.

Eine Mitsprache der Bevölkerung ist weder erwünscht, noch wird sie angestrebt.

Schon durch die verschiedenen Weltanschauungen der Parteien kommt es zu Konflikten und wichtige Belange der Bevölkerung bleiben im Parlament unerledigt.

Das schafft Unzufriedenheit und gibt der Opposition die Möglichkeit, sich zu profilieren. Das ist, wie die Vergangenheit zeigt, die Grundlage für die Diktatur!

Nicht die Mitsprache der Bevölkerung, sondern deren Unterdrückung führt zum Chaos und im Anschluß daran zum Ruf „nach dem starken Mann“.

Diese Einsicht hat nun auch in Deutschland dazu geführt, daß in Bayern und auch in anderen Bundesländern nach der direkten Demokratie gerufen wird.

1993 startete die Bürgerinitiative „Mehr Demokratie in Bayern“ ein Volksbegehren für „Bürgerentscheide in Gemeinden und Kreisen“.

Bis Anfang 1995 hatten 1,2 Millionen Menschen die Initiative unterschrieben und im Herbst kommt es zur Abstimmung.

Gleichzeitig appelliert die Bürgerinitiative an die Bevölkerung, nicht verärgert Politikverdrossenheit zu demonstrieren, sondern aktiv an den eigenen Belangen teilzunehmen.

Auch die Medien werden aufgefordert, sich positiv auf das Begehren der Bevölkerung einzustellen.

**Nur wenn wir die Demokratie leidenschaftlich verteidigen und für sie kämpfen, können wir hoffen, der Diktatur im eigenen Land und der noch weit gefährlicheren der europäischen Großmächte zu entkommen!**

## Kurzberichte aus aller Welt

### EU-Fonds: Wasser nach Athen

Heimische Wirtschaft hofft auf weitere Aufträge aus Mitteln des Kohäsionsfonds

Seit drei Wochen fließt durch eine neue Pipeline Wasser nach Athen. Die neue Leitung garantiert die Trinkwasserversorgung der Hauptstadt Griechenlands. Beteiligt daran ist der österreichische Tunnelbauer Jäger Bau, der Aufträge für 600 Mio. S vom Gesamtvolumen von 2,2 Mrd. S an Land gezogen hat.

Finanziert wurde das Projekt mit Mitteln des Kohäsionsfonds der EU. Mit den Geldern des Fonds soll die Kluft zwischen Arm und Reich in der Gemeinschaft verringert werden. Gefördert wird bis 1999 mit Mitteln, die aus dem EU-Haushaltsbudget stammen.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Länder Griechenland, Spanien, Irland und Portugal liegt unter 90 Prozent des Gemeinschaftsdurchschnitts. Sie sollen von den wohlhabenden Staaten profitieren.

„Für österreichische Unternehmen bietet sich die Chance, Aufträge zu bekommen“, erklärte Jean-François Verstrynge, Direktor des Fonds. Unterstützt werden unter strenger Prüfung der Projekte Maßnahmen zum Ausbau transeuropäischer Verkehrsnetze sowie zur Realisierung der gemeinsamen Umweltpolitik.

Die am Bau der Pipeline nach Athen beteiligte heimische Jäger Bau ist mit seinen

Erfahrungen im Ausland zufrieden. – Manfred Jäger: „Die Projekte sind relativ sicher, weil die EU dahintersteht, die prüft und genehmigt.“

Der Kohäsionsfonds wurde von der EU für sieben Jahre eingerichtet. Insgesamt steht den vier förderungswürdigen Ländern eine Summe von 15,1 Mrd. ECU (rund 196 Mrd. Schilling) zur Verfügung.

Die heimische Wirtschaft hofft auf eine Reihe von Aufträgen. Heinz Walter von der Wirtschaftskammer: „Profitieren werden vor allem jene Unternehmen, die neue Technologien anbieten.“

P. H.

PRESSE: 12. 6. 95

### Frankreich drohen hohe Verluste

Sydney – Frankreich drohen Milliardenverluste im asiatisch-pazifischen Raum wegen der angekündigten Atomversuche. Staatliche Großaufträge stehen auf dem Spiel. Australiens Handelsminister Bob McMullan sagte, daß die Atomtests eine „ernsthafte Rolle“ beim Kauf von Rüstungsgütern spielen werden. Dies würde den Flugzeugbauer Dassault betreffen, der sich um einen australischen Großauftrag bemüht. (AFP) Standard, 15. 7. 95

betrieb in Graz bestimmt. Das Fleisch wurde sofort sichergestellt und untersucht, der Lenker angezeigt. Das Veterinäramt beklagt, daß seit dem EU-Beitritt ausländische Fleischimporte nicht mehr ausreichend kontrolliert werden können. Fazit: Die Ware kann nur mehr lückenhaft begutachtet werden.

Während unser kostbares Wasser unter finanzieller Mitwirkung der EU nach Athen fließt, versiegt das Trinkwasser unserer Brunnen:

### Sorge um Trinkwasser

1,2 Millionen Brunnen liefern Trinkwasser, dessen Qualität Grund zur Sorge gibt.

WIEN (red.). Nur 5,5 Prozent der 1,2 Millionen Hausbrunnen liefern Trinkwasser einwandfreier Qualität. Dieses alarmierende Ergebnis bringt ein Bericht über die Situation des Trinkwassers in Österreich, der in der Mai-Ausgabe der Zeitschrift „Konsument“ veröffentlicht wird. Die heimischen Grundwasserreservoirs seien nach

wie vor belastet. Ihnen setzten Schwermetalle, Pestizide und andere Schadstoffe zu, heißt es in dem Report. Noch immer gebe es zu wenig Gegenmaßnahmen, wird bemängelt. So steige der Einsatz bestimmter Unkrautvernichtungsmittel, wie etwa „Metacolor“, weiterhin. Als besorgniserregend wird die teilweise hohe Schadstoffkonzentration schmaler Grundwasser-Ströme bezeichnet, die durch das grobmaschige Meßstellennetz nicht erfaßt werden. Presse, 29. 4. 95

### Gift lag neben Fleisch

Wien: Chemikalien in EU-Schweinetransport entdeckt

2200 Liter hochgiftiger Chemikalien, die gemeinsam mit holländischem Schweinefleisch transportiert wurden, hat eine Tierärztin in einem Lastwagen am Gelände des

Wiener Fleischgroßmarktes St. Marx entdeckt. Die gefährliche Fracht kam mit einem Sattelschlepper nach Österreich. Die Chemikalien waren für einen Wäscherei-

### An der Förderung der Solartechnik hat die EU kein Interesse:

Solartechnik. In Deutschland macht zum Jahresende die letzte von einst vier Solarzellenfirmen Schluß. Das Unternehmen Angewandte Solartechnik war erst vor eineinhalb Jahren von dem Stromriesen RWE und der Daimler-Tochter Dasa gegründet worden. Presse, 6. 6. 95

LONDON

### Major kündigt EU-Widerstand an

Der britische Premier John Major will die Ausweitung der Zuständigkeiten der EU verhindern. Major kündigte vor dem britischen Unterhaus an, daß er bei der Regierungskonferenz 1996 alle Versuche blockieren werde, die die Ausdehnung der Kompetenzen der Gemeinschaft in Bereichen wie Innen-, Außen- und Verteidigungspolitik vorsehen.

Presse, 24. 5. 95

### Unmut über Fischler

Deutsche wehren sich

Kritik an EU-Agrarkommissar Fischler kommt erstmals aus Deutschland. Nach einem Bericht der „Presse“ spricht der deutsche Landwirtschaftsminister Jochen Borchert von einer „Vertrauenskrise unvorstellbaren Ausmaßes“.

Im „Presse“-Interview spricht Borchert von einer fragwürdigen Entscheidung der EU-Kommission: Für Bauern in Deutschland, aber auch in Österreich sollen die Ausgleichszahlungen gesenkt werden, was laut Borchert Milliarden-einbußen für die Landwirte zur Folge haben werden. Presse, 6. 6. 1995

Wir danken unseren Mitgliedern und Freunden für die vielen Spenden sowie für die zahlreichen Bestellungen zur Lieferung unserer Videokassette „Im Namen der Natur“. Wir sind um eine baldige Auslieferung bemüht.

Mit guten Urlaubswünschen und herzlichen Grüßen

Ihre

BÜRGERINITIATIVE ÜBERLEBEN

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bürgerinitiative Überleben, 1150 Wien, Moeringgasse 16, Postanschrift 1123 Wien, Postfach 14, Tel. 83 73 894. Druck: Walter Leukauf GmbH, 1090 Wien, Liechtensteinstraße 5-7. Diese Informationen wurden auf chlorfrei gebleichtem Naturpapier gedruckt.

Spendenkonto PSK Nr. 2415.318

www.parlament.gv.at